
Deutscher Industrie- und Handelskammertag

DIHK-Stellungnahme für die öffentliche Konsultation der EU-Kommission

„Die künftige Klima- und Energiepolitik - eine Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen in der EU“

(courtesy translation starting on page 6)

Die deutsche Wirtschaft trägt entscheidend zu den nationalen, europäischen und weltweiten Klimaschutzanstrengungen bei. Besonders durch den Export von effizienten Technologien und innovativen Dienstleistungen ermöglicht sie weltweit Emissionsminderungen und Anpassungen an den Klimawandel. Zudem bestehen auf nationaler und europäischer Ebene anspruchsvolle Maßnahmen, die Unternehmen dazu anreizen und teilweise verpflichten, Emissionen signifikant zu mindern.

Gleichzeitig stehen viele deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Ein primäres Ziel der nationalen und europäischen Klimaschutzpolitik sollte daher stets der Erhalt und nach Möglichkeit die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Europäischen Union (EU) und Deutschland sein.

Bei der Entwicklung ihrer Strategie für eine langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) ist es wichtig, dass die Europäische Union vor diesem Hintergrund folgende Leitlinien berücksichtigt:

- **Kein europäischer Alleingang bei Klimazielen:** Die Europäische Union hat sich sehr ambitionierte klimapolitische Ziele gesetzt und diese mit konkreten, gesetzlich verankerten Maßnahmen untermauert. Die schwierige Umsetzung des im Jahr 2016 in Kraft getretenen Pariser Klimaschutzabkommens zeigt, dass viele andere Länder und Regionen immer noch weit vom europäischen Ambitionsniveau entfernt sind. Zudem bleiben ihre Klimaschutzziele oft unverbindlich. Die EU sollte ihre Anstrengungen deshalb auf

die Stärkung internationaler Klimapolitiken fokussieren und von einem europäischen Alleingang und einer einseitigen Verschärfung der Treibhausgasminderungsziele für das Jahr 2030 und 2050 absehen.

- **Keine Erhöhung des 2030-Minderungsziels:** Höhere Erneuerbare-Energien- und Energieeffizienzziele auf EU-Ebene führen nicht zwangsläufig zu höheren CO₂-Einsparungen.¹ Dies hat Deutschland in den letzten Jahren erfahren. Eine Erhöhung des 2030-Minderungsziels (40 % im Vgl. zu 1990) aufgrund der im Rahmen des *Clean Energy Package* vereinbarten 2030-Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien erscheint deshalb nicht angebracht. Berücksichtigt werden muss, dass lediglich das THG-Minderungsziel im Rahmen der verbindlichen Lastenteilungsverordnung in national verbindliche Ziele heruntergebrochen wird. Das EE-Ziel und das Energieeffizienzziel entfalten hingegen nur geringe Bindewirkung für die EU-Staaten, weshalb deren Beitrag zum EU-THG-Minderungsziel nicht als gesichert angesehen werden kann.
- **Unternehmen früher an der Entwicklung von Strategie und Maßnahmen beteiligen:** Klimaschutz ist nur mit der Wirtschaft möglich. Unternehmen und ihre Vertreter sollten daher an der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen möglichst früh und kooperativ beteiligt werden. Es ist fraglich, inwiefern die innerhalb der bis Anfang Oktober 2018 laufenden öffentlichen Konsultation eingereichten Beiträge tatsächlich noch bei der Ausarbeitung des Strategieentwurfs der Europäischen Kommission berücksichtigt werden können, da dieser bereits im November veröffentlicht werden soll und die Ausarbeitung bereits in vollem Gange ist. In Zukunft sollten Interessenträger früher eingebunden werden. Kritisch ist auch, dass eine Mehrzahl der Fragen sich an Bürger und einzelne Unternehmen richten, wodurch die Beantwortung durch andere Akteure, wie Verbände, erschwert wird. Zukünftig sollten die Fragen sich an einen größeren Kreis von Akteuren richten.
- **Unvermeidbare Emissionen durch Absorption von THG kompensieren:** Im Rahmen des Pariser Klimaabkommens wurde das Ziel vereinbart, innerhalb der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine globale Treibhausgasneutralität zu erreichen. Diese Zielformulierung erkennt richtigerweise an, dass unvermeidbare Emissionen teilweise durch die Absorption von THG kompensiert werden können. Dies unterstreicht u. a. die Bedeutung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und Verwendung (CCU).
- **Effektiven Schutz vor Carbon Leakage sicherstellen:** Solange weltweit nicht ähnlich ambitionierte Klimaschutzanstrengungen wie in der EU unternommen werden, bedarf

¹ Einige Kammern und Unternehmen vertreten die Auffassung, dass höhere EE- und Energieeffizienzziele auf EU-Ebene zu mehr CO₂-Einsparungen führen. Einige Unternehmen aus der Energiewirtschaft sprechen sich für ein höheres europäisches EE-Ziel aus.

es weiterhin Mechanismen zum Schutz vor *Carbon Leakage*, d. h. vor Emissionsverlagerungen durch Standortverlagerungen in das klimapolitisch weniger ambitionierte außereuropäische Ausland. Vor dem Hintergrund der Verschärfung des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) sollten diese in Zukunft bei Bedarf ausgeweitet werden. Es sollte sichergestellt werden, dass die effizientesten Anlagen im EU ETS ihren kompletten Bedarf an Zertifikaten kostenlos zugeteilt bekommen. Auch die Kompensation der indirekten Stromkostensteigerungen wird durch die beschleunigte Verknappung der Zertifikate und folgende Preissteigerungen zukünftig an Bedeutung gewinnen. Beihilfe-rechtliche Vorgaben der EU sollten zudem zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie beitragen. Dies sollte bei der nächsten Revision der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen berücksichtigt werden. Das Pariser Klimaschutzabkommen allein hat nicht das Potenzial, ein *level playing field* (gleiche Wettbewerbsbedingungen) sicherzustellen. Viele Länder, darunter große Emittenten von Treibhausgasen, sperren sich bspw. weiter gegen eine transparente und strikte Messung, Berichterstattung und Überprüfung (MRV) ihrer THG-Emissionen.

- **Energiepreissteigerungen vermeiden:** Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Unternehmen muss ein prioritäres Ziel der europäischen Klimaschutzstrategie sein. Hierzu ist es wichtig, dass bei der Diskussion verschiedener Transformationspfade stets auch die Auswirkungen auf die Energiepreise für Unternehmen und deren Wertschöpfung sowie Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt werden. Deutsche Unternehmen leiden schon heute vielfach unter hohen Energiepreisen. Eine konsequente Vertiefung des europäischen Energiebinnenmarkts, der Abbau von Marktverzerrungen und ein europäischer Ansatz für Versorgungssicherheit können entscheidend zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen und damit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Konkret sollte u. a. die Harmonisierung der EE-Förderung, die Öffnung der Märkte für eine stärkere Beteiligung der Unternehmen und der Ausbau der Grenzkuppelstellen zur Stärkung des grenzüberschreitenden Stromhandels vorangetrieben werden.
- **Der Europäische Emissionshandel (EU ETS) sollte das zentrale Leitinstrument zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele bleiben**, weil es ein ökologisch treffsicheres und zugleich ökonomisch effizientes Instrument ist. Von wiederholten Markteingriffen sollte in Zukunft abgesehen werden, um den Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Zudem sollte eine Weiterentwicklung als marktkonformes Instrument Vorrang vor einer zusätzlichen Preissteuerung haben. Auf internationaler Ebene sollte die EU intensiver als bisher auf die Schaffung eines weltweiten Kohlenstoffmarktes hinarbeiten.

- **Klimapolitik sollte auf Technologieoffenheit (Neutralität), marktnahe Lösungen und Energieträgerneutralität** setzen. Die langfristige Klimastrategie der EU kann Szenarien für die Kostenentwicklung und Marktreife verschiedener Technologien beinhalten. Diese sollten jedoch nicht den Anschein erwecken, dass heute schon absehbar wäre, welche Technologien und Lösungen sich langfristig auf dem Markt durchsetzen werden. Zudem müssen heute getroffene Annahmen in regelmäßigen Abständen überprüft werden, um wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen berücksichtigen zu können.
- **Rahmenbedingungen für private Investitionen in Forschung und Entwicklung verbessern:** Forschung und Entwicklungsanstrengungen sind in allen Sektoren notwendig, um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Auf europäischer und nationaler Ebene müssen deshalb Rahmenbedingungen geschaffen werden, die private Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) anreizen. In Deutschland spricht sich der DIHK für eine steuerliche F&E-Förderung aus.
- **Energieintensive Industrie stärken:** Die energieintensive Industrie steht vor besonderen Herausforderungen, da viele moderne Anlagen in Deutschland ihre Effizienzsteigerungspotenziale bereits voll ausgeschöpft haben. Immer strengere Vorgaben und/oder steigende CO₂-Kosten können zur Verlagerung von Standorten und Investitionen ins außereuropäische Ausland führen. Solange keine technologischen Lösungen vorhanden sind, die auch wirtschaftlich darstellbar sind, sollten diese Sektoren vor Carbon Leakage geschützt und gleichzeitig F&E-Maßnahmen gefördert werden. Andernfalls muss von einer weiteren Desinvestition am Standort Deutschland und Europa ausgegangen werden. Energieintensive Unternehmen stehen häufig am Anfang langer Wertschöpfungsketten, so dass Produktionsentscheidungen gegen Europa auch Auswirkungen auf nachgelagerte Unternehmen haben. Berücksichtigt werden muss, dass viele energieintensive Industrien in Europa im internationalen Vergleich bemerkenswerte Emissionsminderungen trotz Produktionssteigerungen erreicht haben.
- **Technologieutralität im Transportbereich umsetzen:** In diesem Sektor sind die THG-Emissionen trotz Effizienzsteigerungen aufgrund der steigenden Transportleistung in den letzten Jahren nicht gesunken. Damit die Klimaziele auch in diesem Sektor erreicht werden, wird ein ganzes Bündel an Technologien für verschiedene Anwendungsfälle notwendig sein. Die batteriebetriebene Elektromobilität ist nur eine Lösung unter vielen, die nicht für jeden Anwendungsfall geeignet ist. Die EU sollte deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die das Prinzip der Technologieutralität wahren und so gesamtwirtschaftlich effizient sind. Neben der Elektromobilität sollten auch die Potenziale aller anderen alternativen Antriebe adressiert werden. Hierzu zählen u. a. die

Nutzung von Wasserstoff in Brennstoffzellen und die Verwendung von Gas sowie synthetischer und moderner biogener Kraftstoffe in Verbrennungsmotoren. Auch die weitere Steigerung der Effizienz von Verbrennungsmotoren ist für den Klimaschutz unerlässlich.

- **Regionen, die durch die Energiewende einen Strukturwandel durchlaufen, unterstützen:** Die EU sollte Regionen, die aufgrund von Maßnahmen für den Klimaschutz strukturelle Veränderungen erfahren (Unternehmensumsiedlungen, Standortschließungen, Arbeitsplatzverluste ...) durch die Bereitstellung von Finanzmitteln helfen. Öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung sowie Forschung und Entwicklung können Anreize für privatwirtschaftliche Investitionen schaffen. Essenziell ist jedoch die Verbesserung des Investitionsklimas insgesamt. Bei der Gestaltung möglicher EU-Programme sollte berücksichtigt werden, dass einkommensschwächere Staaten bereits von vielfältigen Unterstützungsmechanismen, auch im Rahmen des Emissionshandelssystems, profitieren. Ein Austausch von Erfahrungen auf EU-Ebene innerhalb von Initiativen wie der „Coal Regions in Transition Platform“ ist ebenfalls zu begrüßen.
- **Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen:** Um die wirtschaftliche Entwicklung in allen EU-Mitgliedsstaaten zu fördern, sollten Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Ansprechpartner

Julian Schorpp, Leiter des Referats Europäische Energie- und Klimapolitik
schorpp.julian@dihk.de, +32 22 86 1635

Wer wir sind

Unter dem Dach des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) haben sich die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften. Auf Bundes- und Europaebene setzt sich der DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir auf demokratischem Weg zu gemeinsamen Positionen der Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei. Darüber hinaus koordiniert der DIHK das Netzwerk der 140 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanten der Deutschen Wirtschaft in 92 Ländern. Er ist im Register der Interessenvertreter der Europäischen Kommission registriert (Nr. 2240060119142).

Courtesy translation

DIHK contribution to the public consultation of the EU Commission

“Future climate and energy policy – a Strategy for long-term EU greenhouse gas emissions reductions”

German industry makes a decisive contribution to national, European and global climate protection efforts. Particularly by exporting efficient technologies and innovative services, it enables emission reductions and climate change adaptation worldwide. In addition, ambitious measures exist at the national and the European level that encourage or even oblige companies to significantly reduce emissions.

At the same time, many German companies face international competition. A primary objective of national and European climate protection policy should therefore always be to maintain and if possible increase the international competitiveness of companies in the European Union (EU) and Germany.

When developing its strategy for a long-term reduction of greenhouse gas emissions (GHG emissions), it is important that the European Union takes the following guidelines into account:

- **Europe should not act alone:** The European Union has set itself very ambitious climate policy goals and underpinned them with concrete, legally anchored measures. The difficult implementation of the Paris Climate Protection Agreement, which came into force in 2016, shows that many other countries and regions are still a long way from the European level of ambition. Moreover, their climate protection targets often remain non-binding. The EU should, therefore, focus its efforts on strengthening international climate policies and refrain from going it alone and unilaterally tightening its greenhouse gas reduction targets for 2030 and 2050.
- **No increase of the 2030 reduction target:** Higher renewable energy and energy efficiency targets at EU level do not necessarily lead to higher CO₂ savings.² Germany has experienced this in recent years. An increase in the 2030 reduction target (40% compared to 1990) due to the 2030 targets for energy efficiency and renewable energies agreed in the Clean Energy Package does therefore not appear appropriate. It must be borne in mind that only the GHG reduction target under the binding burden-sharing regulation is broken down into nationally binding targets. The renewable energy target and the energy efficiency target, on the other hand, have little binding effect on the EU states, which is why their contribution to the EU THG reduction target cannot be assured.

²² Some chambers and companies argue that higher RES and energy efficiency targets at EU level lead to more CO₂ savings. Some companies in the energy sector are in favour of a higher European RES target.

- **Involve companies earlier in the development of strategies and measures:** Climate protection is only possible with business. Companies and their representatives should, therefore, be involved in the development of strategies and measures as early and cooperatively as possible. It is questionable to what extent the contributions submitted in the public consultation which runs until the beginning of October 2018 can still be taken into account in the preparation of the European Commission's draft strategy, since it is to be published as early as November and the preparation is already in full swing. In the future, stakeholders should be involved earlier. It is also critical that a majority of the questions are addressed to citizens and individual companies, making it more difficult for other stakeholders such as associations to respond. In the future, the questions should be addressed to a wider circle of actors.
- **Offset unavoidable emissions by absorption of GHG:** Within the framework of the Paris Climate Agreement, the goal was agreed to achieve global greenhouse gas neutrality within the second half of the century. This formulation of the target correctly recognises that unavoidable emissions can be partially offset by the absorption of GHG. This underlines, among other things, the importance of technologies for CO2 capture and use (CCU).
- **Ensure effective protection against carbon leakage:** As long as worldwide climate protection efforts are not as ambitious as those undertaken in the EU, mechanisms will continue to be needed to protect against carbon leakage, i.e. against the relocation of emissions to non-European countries that are less ambitious in terms of climate policy. Against the background of the tightening of the European Emissions Trading System (EU ETS), these should be expanded in future if necessary. It should be ensured that the most efficient plants in the EU ETS are allocated their entire demand for certificates for free. The compensation of indirect increases in electricity costs will also gain importance in the future due to the accelerated shortage of certificates and subsequent price increases. In addition, EU state aid regulations should contribute to maintaining the competitiveness of the energy-intensive industry. This should be taken into account in the next revision of the guidelines on State aid for environmental protection and energy. The Paris Agreement on Climate Change alone does not have the potential to ensure a level playing field. Many countries, including major emitters of greenhouse gases, continue, for example, to oppose transparent and strict measurement, reporting and verification (MRV) of their GHG emissions.
- **Avoid increases in energy prices:** Strengthening the international competitiveness of German and European companies must be a priority of the European climate protection strategy. To this end, it is important that the effects on energy prices for companies and their value creation as well as competitiveness are always taken into account when discussing various transformation paths. German companies are already suffering from high energy prices in many cases. A consistent deepening of the European internal energy market, the reduction of market distortions and a European approach to security of

supply can make a decisive contribution to competitive energy prices and thus to maintaining competitiveness. In concrete terms, the harmonisation of support for renewable energies, the opening of markets to greater participation by companies and the expansion of cross-border interconnection points to strengthen cross-border electricity trading should be promoted, among other things.

- **The European Emissions Trading System (EU ETS) should remain the key instrument for achieving the European climate protection targets**, because it is an ecologically sound and economically efficient instrument. Repeated market interventions should be avoided in future in order to guarantee companies planning and investment security. Also, further development as a market-conform instrument should take precedence over additional price control. At the international level, the EU should work more intensively than before towards the creation of a global carbon market.
- **Climate policy should focus on technological openness (neutrality), market-oriented solutions and energy neutrality.** The EU's long-term climate strategy can include scenarios for the cost development and market maturity of various technologies. However, these should not give the impression that it is already foreseeable today which technologies and solutions will prevail on the market in the long term. Also, assumptions made today must be reviewed at regular intervals in order to take account of economic, technological and social developments.
- **Improve framework conditions for private investment in research and development:** Research and development efforts are necessary in all sectors in order to achieve the ambitious climate protection targets. At European and national level, framework conditions must therefore be created to encourage private investment in research and development (R&D). In Germany, the DIHK is in favour of tax incentives for R&D.
- **Strengthen energy-intensive industry:** The energy-intensive industry faces special challenges, as many modern plants in Germany have already fully exploited their potential for increasing efficiency. Increasingly stringent requirements and/or rising CO₂ costs can lead to the relocation of locations and investments outside Europe. As long as there are no technological solutions available that are also economically feasible, these sectors should be protected from carbon leakage and R&D measures should be promoted at the same time. Otherwise, further disinvestment in Germany and Europe must be assumed. Energy-intensive companies are often at the beginning of long value chains, so that production decisions against Europe also have an impact on downstream companies. It must be recalled that many energy-intensive industries in Europe have achieved remarkable emission reductions by international standards despite production increases.
- **Technology neutrality in the transport sector:** In this sector, GHG emissions have not fallen in recent years, despite efficiency gains due to rising transport performance.

In order to achieve the climate targets in this sector as well, a whole bundle of technologies will be necessary for various applications. Battery-powered electric mobility is just one of many solutions that are not suitable for every application. The EU should, therefore, create framework conditions that preserve the principle of technology neutrality and are thus economically efficient. In addition to electromobility, the potential of all other alternative fuels should also be addressed. These include the use of hydrogen in fuel cells and the use of gas, as well as synthetic and modern biogenic fuels in combustion engines. Further increases in the efficiency of combustion engines are also essential for climate protection.

- **Support regions undergoing structural change as a result of the energy system transformation:** The EU should help regions undergoing structural change as a result of climate change measures (business relocations, site closures, job losses, etc.) by providing funding. Public investment in infrastructure, education and research and development can provide incentives for private investment. However, it is essential to improve the overall investment climate. When designing possible EU programmes, it should be borne in mind that low-income countries already benefit from a variety of support mechanisms, including under the Emissions Trading System. An exchange of experience at EU level within initiatives such as the Coal Regions in Transition Platform is also welcome.
- **Speed up planning and approval procedures:** To promote economic development in all EU member states, planning and approval procedures should be accelerated.

Contact

Julian Schorpp, Director European Energy and Climate Policy
schorpp.julian@dihk.de, +32 22 86 1635

Who we are

The German Chambers of Industry and Commerce (DIHK) is the leading organisation of the 79 Chambers of Industry and Commerce (IHKs) in Germany, representing 3.6 million companies in industry, trade and services. All companies in Germany - except crafts, free professions and farms - are by law member of an IHK. The DIHK also coordinates the network of the 130 German Chambers of Commerce Abroad as well as delegations and representative offices of the German economy in 90 countries.

(Nr. 22400601191-42 in the EU Commission`s Register for Interest Representatives)